

## DAS VERFAHREN BEIM FINANZAMT<sup>Rz 909ff</sup>

### ► DIE ARBEITNEHMER- VERANLAGUNG

#### Wann kann ein Antrag auf Arbeitnehmer- mveranlagung gestellt werden?

Für den Antrag auf Durchführung einer Arbeitnehmerveranlagung (Formular L 1) haben Sie fünf Jahre Zeit (z. B. kann der Antrag für 2000 bis Ende Dezember 2005 gestellt werden). Sie können den Antrag per Post senden oder persönlich bei Ihrem Finanzamt abgeben. Das Finanzamt bearbeitet die Anträge in der Reihenfolge des Einlangens.

Das Wohnsitzfinanzamt führt auf Ihren Antrag eine Arbeitnehmerveranlagung (früher: Jahresausgleich) durch und überweist die Lohnsteuergutschrift auf Ihr Konto. In folgenden Fällen ist normalerweise eine **Gutschrift** zu erwarten:

- ☐ wenn Sie während des Jahres unterschiedlich hohe Bezüge erhalten haben und der Arbeitgeber keine Aufrollung durchgeführt hat,
- ☐ wenn Sie während des Jahres den Arbeitgeber gewechselt haben oder nicht ganzjährig beschäftigt waren,
- ☐ wenn Sie auf Grund der geringen Höhe Ihrer Bezüge Anspruch auf „Negativsteuer“ haben,

- ☐ wenn Sie Anspruch auf den Alleinverdiener-/Alleinerzieherabsetzbetrag oder auf ein Pendlerpauschale haben, der/das bei der laufenden Lohnverrechnung nicht berücksichtigt wurde oder
- ☐ wenn Sie Freibeträge für Werbungskosten, Sonderausgaben oder außergewöhnliche Belastungen geltend machen, die noch nicht in einem Freibetragsbescheid berücksichtigt wurden.

Kommt es in Ausnahmefällen zu einer Nachforderung, können Sie Ihren Antrag im Wege der Berufung zurückziehen, ausgenommen

- ☐ Sie müssen von sich aus eine Steuererklärung abgeben, oder
- ☐ es kommt aus einem anderen Grund zu einer Pflichtveranlagung (siehe die nächsten beiden Fragen).

#### Wann müssen Sie von sich aus (ohne Aufforderung durch das Finanzamt) eine Steuererklärung abgeben?

Übersteigt Ihr Einkommen im Jahr 2002 8.720 €, sind Sie verpflichtet, eine Einkommensteuererklärung oder eine Erklärung zur Arbeitnehmerveranlagung abzugeben,

Fortsetzung



- wenn Sie neben lohnsteuerpflichtigen Einkünften andere Einkünfte (z. B. aus **Werkverträgen**) von insgesamt mehr als 730 € erhalten haben. Endbesteuerter Kapitalerträge sind hier nicht einzurechnen. Geben Sie in diesem Fall eine Einkommensteuererklärung (Formular E 1) ab und legen Sie eine Einnahmen-Ausgaben-Rechnung, Bilanz oder Überschussrechnung bei.  
Frist: **15. Mai des Folgejahres**

- wenn Sie im Kalenderjahr zumindest zeitweise gleichzeitig zwei oder mehrere lohnsteuerpflichtige Einkünfte bezogen haben, die beim Lohnsteuerabzug nicht gemeinsam versteuert wurden (z. B. Firmenpension neben ASVG-Pension). Geben Sie in diesem Fall eine Erklärung zur Arbeitnehmerveranlagung (Formular L 1) ab.  
Frist: **30. September des Folgejahres**

- wenn Ihnen der Alleinverdiener-/Alleinerzieherabsetzbetrag für das Kalenderjahr nicht zusteht, aber bei der laufenden Lohnverrechnung berücksichtigt worden ist. Geben Sie in diesem Fall eine Erklärung zur Arbeitnehmerveranlagung (Formular L 1) ab.  
Frist: **30. September des Folgejahres**

#### Wann wird eine Pflichtveranlagung durchgeführt?

Wenn Sie von sich aus keine Erklärung zur Arbeitnehmerveranlagung abgeben oder abgeben müssen, wird Sie das Finanzamt in folgenden Fällen durch Zusendung eines Formulars L 1 zur Einreichung einer Erklärung auffordern und eine **Pflichtveranlagung** durchführen:

- wenn Ihnen im Kalenderjahr **Krankengeld** aus der gesetzlichen Sozialversicherung oder Bezüge nach dem Heeresgebührengesetz (z. B. für Truppen- oder Kaderübungen) ausbezahlt oder Sozialversicherungspflichtbeiträge rückerstattet worden sind; weitere Fälle sind der Bezug von (nicht mitversteuerten) **Unfallrenten** sowie von Insolvenz-Ausfallsgeld im Falle eines Konkurs- oder Ausgleichsverfahrens, oder
- wenn für das jeweilige Kalenderjahr ein Freibetragsbescheid ausgestellt worden ist. Eine Pflichtveranlagung ist hier aber nur durchzuführen, wenn der Freibetragsbescheid zu hoch war.

Legen Sie den Erklärungen zur Durchführung der Arbeitnehmerveranlagung bitte keine Lohnzettel bei. Sie werden vom Arbeitgeber (oder der pensionsauszahlenden Stelle) dem Finanzamt übermittelt.

#### Kann es bei einer Arbeitnehmerveranlagung zu Vorauszahlungen kommen?

Zu Vorauszahlungen kann es auch bei Lohnsteuerpflichtigen kommen, und zwar dann, wenn die Nachzahlung mehr als 300 € beträgt. In diesen Fällen können ausnahmsweise (z. B. wenn erstmals zwei Bezüge nebeneinander anfallen) in einem Jahr die Nachzahlung für das vorangegangene Jahr mit der Vorauszahlung für das laufende Jahr zusammentreffen. Andererseits ersparen Sie sich insoweit allfällige Nachzahlungen für das laufende Jahr.

**Fortsetzung**



### Warum kommt es bei zwei oder mehreren Bezügen zu Nachzahlungen?

Jede bezugs- oder pensionsauszahlende Stelle berechnet die Lohnsteuer grundsätzlich nur für die von ihr ausbezahlten Bezüge oder Pensionen. Insgesamt ergibt sich dadurch eine zu geringe Lohnsteuer. Bei der Arbeitnehmerveranlagung werden nun diese Bezüge so besteuert, als hätten Sie den Gesamtbetrag in Form eines Bezuges erhalten. Sie werden also jemandem gleichgestellt, der nur ein Dienstverhältnis hat, aber ebenso viel Gehalt oder Pension bezieht, wie Ihnen aus mehreren Bezügen zugeflossen ist.

### Wann kann es zu einer Verzinsung von Nachforderungen und Gutschriften beim Finanzamt kommen?

Nachforderungen und Gutschriften aus Einkommensteuerbescheiden, die nach dem 1. Juli des Folgejahres zugestellt werden, werden nunmehr beim Finanzamt verzinst. Der Zinssatz beträgt 2 % über dem Basiszinssatz (somit nach dem Stand 1.1.2002: 4,75 %). Nachforderungs- bzw. Gutschriftszinsen, die den Betrag von 50 € nicht erreichen, werden aber nicht festgesetzt.

Die Verzinsung erfolgt zwar unabhängig davon, wann Sie die Steuererklärung abgeben, es ist aber empfehlenswert, die Erklärung möglichst früh abzugeben.

Wenn Sie den Steuerbescheid nicht bis zum 30. Juni des Folgejahres (im Jahr 2002 nicht bis 30. September 2002)

erhalten haben, können Sie durch Entrichtung einer Anzahlung in Höhe der zukünftigen Steuernachforderung vor diesem Stichtag die Festsetzung von Nachforderungszinsen vermeiden.

---

## ► VERSTEUERUNG MEHRERER PENSIONEN<sup>Rz 1020ff</sup>

---

### Wie werden mehrere Pensionen versteuert?

Um Nach- und Vorauszahlungen bei gleichzeitigem Bezug von (mehreren) gesetzlichen Pensionen, Beamtenpensionen, Pensionen aus einem früheren Dienstverhältnis zu einem Bundesland, Pensionen aus inländischen Pensionskassen bzw. Unfallrenten zu vermeiden, ist eine gemeinsame Versteuerung verpflichtend vorgesehen.

Wenn jemand z. B. vom Bund oder Land eine Pension und von der Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten eine Witwenpension erhält, wird von der höheren Pension die auf beide Bezüge entfallende Lohnsteuer einbehalten.

Wenn Sie neben Ihrer ASVG-Pension auch eine **Firmenpension** erhalten, entfällt die Pflicht zur gemeinsamen Versteuerung. In diesen Fällen kann aber der ehemalige Arbeitgeber die Auszahlung und Versteuerung Ihrer ASVG-Pension übernehmen (er kann dazu aber nicht verpflichtet werden).

**Fortsetzung**



---

## ► FREIBETRAGS- BESCHEID

---

### Was ist ein Freibetragsbescheid?<sup>Rz 1039ff</sup>

Ein Freibetragsbescheid enthält bestimmte Werbungskosten, Sonderausgaben oder außergewöhnliche Belastungen, die der Arbeitgeber bereits bei der laufenden Lohnverrechnung berücksichtigen kann. Dadurch zahlen Sie weniger Lohnsteuer. Normalerweise ergeht der Freibetragsbescheid gemeinsam mit dem Einkommensteuerbescheid auf Grund der Arbeitnehmerveranlagung. Gleichzeitig erhalten Sie eine Mitteilung zur Vorlage beim Arbeitgeber.

Der Freibetragsbescheid gilt für das dem Veranlagungszeitraum **zeitfolgende Jahr**. Dem Einkommensteuerbescheid für das Kalenderjahr 2001 werden etwa der Freibetragsbescheid und die Mitteilung an den Arbeitgeber für das Kalenderjahr 2003 angeschlossen. Dieser Freibetragsbescheid berücksichtigt Ihre Freibeträge – auf Basis des Jahres 2001 – vorläufig bereits für 2003. Sind die tatsächlichen Aufwendungen im Jahr 2003 höher als jene im Freibetragsbescheid, wird dies bei der Arbeitnehmerveranlagung ausgeglichen und es ist eine zusätzliche Gutschrift zu erwarten.

Im Falle geringerer Aufwendungen kommt es im Regelfall zu Nachzahlungen. Wenn es ungewiss ist, ob Sie im zweitfolgenden Jahr ähnliche Aufwendungen haben wie im Basisjahr, können Sie zur Vermeidung von Nachzahlungen auf einen Freibetragsbescheid verzichten. Für diesen Fall ist ein Kästchen auf der letzten Seite

des Formulars L 1 vorgesehen. Hier kann auch ein betragsmäßig niedrigerer Freibetragsbescheid beantragt werden.

Sie können aber auch die Mitteilung für den Arbeitgeber auf einen niedrigeren Freibetrag abändern oder die Mitteilung dem Arbeitgeber gar nicht vorlegen. Das Finanzamt kann auch von sich aus niedrigere Freibeträge festsetzen, wenn bestimmte Aufwendungen offensichtlich nur einmalig anfallen.

Auch losgelöst von der Arbeitnehmerveranlagung können Sie die Ausstellung eines Freibetragsbescheides beantragen. Dies aber nur dann, wenn voraussichtlich zusätzliche **Werbungskosten** von mindestens 900 € im Kalenderjahr anfallen werden. Der Freibetragsbescheid kann bereits für das laufende Kalenderjahr ausgestellt werden, wenn der Antrag bis 30. Juni gestellt wird.

#### ► BITTE BEACHTEN SIE:

Kein Freibetragsbescheid ergeht bei einem Jahresfreibetrag unter 90,00 € und wenn Einkommensteuervorauszahlungen vorgeschrieben werden.

---

## ► BERUFUNG GEGEN EINEN BESCHEID

---

### Wie können Sie gegen einen Bescheid Einspruch erheben?

Gegen einen Bescheid können Sie **innen eines Monats ab Zustellung** Berufung erheben. Die Berufung ist schriftlich

*Fortsetzung*



beim Finanzamt einzubringen, das den Bescheid erlassen hat. Die Berufung ist gebührenfrei. Durch eine Berufung wird eine vorgeschriebene Nachforderung nicht außer Kraft gesetzt, sondern bleibt zum angegebenen Zeitpunkt fällig.

Wenn Sie den vorgeschriebenen Betrag vorerst nicht im vorgeschriebenen Umfang entrichten wollen, müssen Sie einen **Antrag auf Aussetzung der Einhebung** stellen. Das Finanzamt wird zu diesem Antrag einen Bescheid erlassen. Bitte beachten Sie aber, dass im Falle einer Abweisung der Berufung Zinsen für die Zeit der Aussetzung zu entrichten sind.

Im Regelfall wird das Finanzamt selbst eine Berufungsvorentscheidung erlassen. Sind Sie mit dieser Berufungsvorentscheidung nicht einverstanden, können Sie innerhalb eines Monats einen Antrag auf Vorlage der Berufung an die zuständige Finanzlandesdirektion beim Finanzamt einbringen.

Zahlungserleichterung die Einbringlichkeit der Steuerschuld nicht gefährdet wird.

Das Vorliegen dieser Umstände müssen Sie im Ansuchen darlegen.

► **BITTE BEACHTEN SIE:**

Bei Stundung oder Ratenzahlung sind für eine Abgabenschuld über 750,00 € Zinsen zu entrichten. In besonderen Härtefällen kann auf Antrag die Abgabenschuld ganz oder teilweise nachgesehen werden. Eingaben an Abgabenbehörden sind gebührenfrei.

## ► RATENZAHLUNG UND STUNDUNG

### Wie kann man eine Zahlungserleichterung erreichen?

Das Finanzamt kann auf Ansuchen den Nachforderungsbetrag stunden oder eine Ratenzahlung bewilligen,

- ☐ wenn die sofortige volle Entrichtung der Steuerschuld mit erheblichen Härten verbunden wäre und
- ☐ wenn durch die Bewilligung der

*Fortsetzung*



Name  
Adresse

An das Finanzamt

Betreff: Bescheid vom .....  
Steuernummer .....

Gegen den oben angeführten Bescheid erhebe ich innerhalb offener Frist

### **Berufung**

und begründe diese wie folgt:

Bei der Berechnung des Jahresausgleichs wurde(n)

- ☐ Alleinverdienerabsetzbetrag (Alleinerzieherabsetzbetrag)
- ☐ erhöhte Werbungskosten
- ☐ erhöhte Sonderausgaben
- ☐ außergewöhnliche Belastung usw.

nicht berücksichtigt.

Ich beantrage daher die Berücksichtigung von .....

#### **Antrag auf Aussetzung der Einhebung gem. § 212 a BAO**

Gleichzeitig beantrage ich die Aussetzung der Einhebung in Höhe des strittigen Betrages von ..... €.

Datum, Unterschrift

**Fortsetzung**



Name  
Adresse

An das Finanzamt

Betreff: Bescheid vom .....  
Steuernummer .....

### Antrag auf Stundung oder Ratenzahlung

Durch den oben angeführten Bescheid wurde mir eine Steuernachzahlung von ..... € vorgeschrieben.

Ich ersuche um

- ☐ Bewilligung der Entrichtung in Raten zu ..... €
- ☐ Stundung der Abgabenschuldigkeit bis zum .....

Begründung:

Persönliche Umstände, Hilflosigkeit, minderjährige Kinder, Unterhaltsverpflichtungen, Krankheitsfolgen, Zusammenkommen mehrerer Nachzahlungen, geringes Einkommen usw.

Datum, Unterschrift